

IMPULSE SPEZIAL

ROMAN HERZOG | INSTITUT

Werte | Führung | Zukunft



SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Ordoliberalismus | Soziales Vertragsrecht | Wirtschaftsordnung |
Roman Herzog Forschungspreis 2023 | Interview: Martin Werding |
Mitarbeiterbindung | Arbeitsmarkt | Diskriminierung | Resilienz



Wissen im digitalen Doppelpack

Für ein ganzheitliches Bild von Wissenschaft

RHI-Kontexte
Der Forschung auf
den Grund gehen

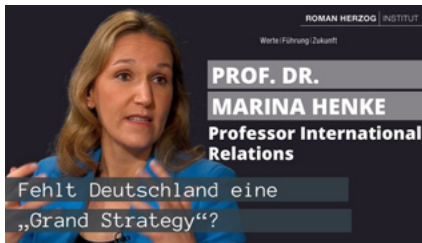
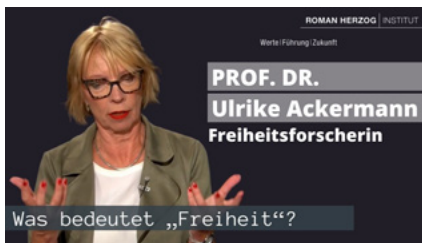


Gastgeber:
Dr. Martin Lang

RHI-Podcasts
Die Menschen hinter
der Forschung
kennenzulernen



Gastgeberin:
Tina Maier-Schneider



Jeden Donnerstag neu – ab 18:00 Uhr auf dem RHI-YouTube-Kanal



Einblicke

Die Soziale Marktwirtschaft feiert in diesem Jahr ihren 75. Geburtstag. Ihr Name mag vielleicht etwas abgedroschen klingen, doch die Idee dahinter ist aktueller denn je: wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sozialen Ausgleich miteinander verbinden und so für Wohlstand in Freiheit und Sicherheit sorgen.

Unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist kein starrer Regelkatalog, sondern passt sich stets an Veränderungen und neue Anforderungen an. Leitplanken bilden dabei grundlegende Werte und Prinzipien wie Freiheit, Verantwortung und Gerechtigkeit. Deren Ausgestaltung und Gewichtung sind Gegenstand eines fortlaufenden öffentlichen Diskurses in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Als Think Tank beteiligt sich das RHI an diesem Diskurs. So verleihen wir jährlich den Roman Herzog Forschungspreis an herausragende Dissertationen und Habilitationen aller Fachrichtungen, die sich mit Fragen der Sozialen Marktwirtschaft beschäftigen. Zudem setzen wir mit Veröffentlichungen, Workshops sowie Video- und Podcast-Formaten eigene Akzente – etwa mit der viel beachteten Studie von Michael Hüther und Dominik Enste zur Resilienz unserer Wirtschaftsordnung sowie deren Impuls dazu in diesem Heft. Der Wirtschaftsweisen Martin Werding betont im Interview die Bedeutung solider Finanzen für die Handlungsfähigkeit des Staates.

Weitere Autoren dieser »Impulse SPEZIAL« sind unsere drei diesjährigen Preisträger: Anselm Küsters, Julia Kraft und Florian Dorn. Außerdem beteiligen sich Ausgezeichnete aus früheren Jahren. Matthias Heinz, Britta Gehrke und Ekkehard Köhler geben Denkanstöße aus ihrer aktuellen Forschung.



1948 gilt als Geburtsjahr der Sozialen Marktwirtschaft. Doch ihr ideengeschichtlicher Hintergrund reicht viel weiter zurück. So erinnern wir uns 2023 auch an die Revolution von 1848/49 vor 175 Jahren. Bundespräsident Roman Herzog sagte zu deren 150. Jahrestag 1998 in der Frankfurter Paulskirche:

»Was hier begann, war auf Dauer unumkehrbar (...) Es war auch eine entscheidende Weichenstellung auf dem Weg zu einem modernen, demokratischen Europa.«

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein integraler Bestandteil eben dieser »neuen Zeit«, in der wir hierzulande in Frieden leben dürfen. Daher lohnt es sich für alle Disziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften, zu ihren Erfolgsfaktoren und zu ihrer Weiterentwicklung zu forschen. Wir als Roman Herzog Institut werden dies weiter fördern sowie unseren eigenen Beitrag dazu leisten.

Professor Randolph Rodenstock
Vorstandsvorsitzender
Roman Herzog Institut e.V.



Ordoliberalismus

Sprache MACHT Soziale Marktwirtschaft

Anselm Küsters

Dr. Anselm Küsters ist Fachbereichsleiter für »Digitalisierung und neue Technologien« am Centrum für Europäische Politik (cep), habilitiert am Lehrstuhl für »Digital History« an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist Assoziierter Wissenschaftler am Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie in Frankfurt am Main.

Im Frühjahr 1947 begab sich Walter Eucken, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg, erwartungsvoll auf den Weg zur ersten Konferenz der Mont Pèlerin Society, die im gleichnamigen schweizerischen Dorf stattfand. Dort stellte er die Ideen des Ordoliberalismus vor, einer Denkschule, die er mit dem Juristen Franz Böhm und anderen Freiburger Wissenschaftlern in der intellektuellen Isolation des Dritten Reiches entwickelt hatte.

Das Freiburger Programm nahm an, dass ein für alle vorteilhafter Wettbewerb nur unter bestimmten Rahmenbedingungen entsteht: »Auf der einen Seite schafft der Staat die Voraussetzung dafür, dass es Märkte gibt, auf denen möglichst vollständiger Wettbewerb herrscht«, erklärte Eucken in Mont Pèlerin, und »wo das nicht möglich ist, muss der Staat so intervenieren, als ob es vollständigen Wettbewerb gäbe«. Insbesondere Ludwig Erhard setzte dieses Programm später in Form der Sozialen Marktwirtschaft um, beispielsweise mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen von 1957.

Da sich der Ordoliberalismus in relativer Isolation entwickelt hatte, spiegelte er deutsche Erfahrungen wider, aber auch religiöse Vorstellungen sowie normative Werte des Bildungsbürgertums. Das mündete in distinktiven Begriffen wie dem des »Leistungswettbewerbs« und der »Wirtschaftsverfassung« oder dem angesprochenen »vollständigen Wettbewerb«. Bezeichnenderweise trug Eucken als einziger Konferenzteilnehmer auf Deutsch vor, weil er sich in seiner Muttersprache gedanklich sicherer fühlte. Friedrich August von Hayek übersetzte dann ins Englische.

In einer jüngst erschienenen Sammlung der Vorträge wird für Euckens Forderung der Ausdruck »perfect competition« verwendet. Meine Übersetzung greift hingegen das ordoliberalere Modell des »vollständigen Wettbewerbs« auf, da dieses über rein ökonomische Nutzenmaximierung hinausgeht und weniger restriktive Annahmen hat als der neoklassische »perfekte Wettbewerb« – ein Begriff, den Eucken kaum

verwendete. Dankenswerterweise fügten die Übersetzer eine Fußnote mit dem deutschen Original an, vielleicht ahnend, dass der englische Ausdruck die Gedanken des theoretischen Wegbereiters der Sozialen Marktwirtschaft nicht passgenau erfasste. Ob Hayek damals im Eifer des Gefechtes Euckens »vollständigen Wettbewerb« korrekt mit »complete competition« übersetzte, ist nicht überliefert.

Solchen komplexen Übersetzungsfehlern begegnet man bei der Beschäftigung mit dem transnationalen Einfluss des Ordoliberalismus regelmäßig. Das ist wichtig zu wissen, weil das in den Europäischen Verträgen enthaltene Konzept der »Sozialen Marktwirtschaft« sowie die dort normierten Wettbewerbsregeln regulatorische Bedeutung weit über ihr Ursprungsland hinaus genießen. Während populäre Darstellungen des Neoliberalismus die Ordoliberalen in ein globales Netzwerk einbinden oder als bloße Vorstufe von Privatisierung und Deregulierung sehen, betont eine sprachliche Perspektive die konzeptionelle Eigenständigkeit und rhetorische Wirkmächtigkeit der Freiburger Schule.

Die Freiburger Schule ist konzeptionell eigenständig und rhetorisch wirkmächtig.

Computerlinguistische Methoden aus den Digital Humanities (Digitalen Geisteswissenschaften) ermöglichen, solche sprachlichen Beobachtungen strukturiert und empirisch zu testen. Basierend auf großen Sammlungen an maschinenlesbaren Textdaten, wie sie beispielsweise die Europäische Union produziert, können Häufigkeitsverteilungen bestimmter Begriffe, algorithmisch zusammengefasste Themen und Metriken der Tonalität oder Komplexität von Dokumenten Sprache gänzlich neu erfassen. Das ermöglicht im besten Falle, bislang unbekannte Verbindungen zu finden.

Meine Doktorarbeit »The Making and Unmaking of Ordoliberal Language« vollzieht mit einer digitalen Begriffsgeschichte die Verbreitung konkurrierender Sprachspiele und das Potenzial für Begriffsverwirrungen im Bereich des europäischen Wettbewerbsrechts empirisch nach. Die quantitative Analyse der Kommissionsentscheidungen und Gerichtsurteile demonstriert, wie die Sprache der Ordoliberalen ab den 1960er Jahren auf die europäische Ebene transferiert wurde. Zugleich wird deutlich, dass zentrale Konzepte seit der Jahrtausendwende unter dem »More Economic Approach« vermehrt uminterpretiert oder ersetzt werden.

Im EU-Wettbewerbsrecht werden unter dem »More Economic Approach« zentrale ordolibérale Konzepte uminterpretiert.

Diese sprachlichen Komplikationen dürfen nicht unter dem Deckmantel der oft postulierten Einheitlichkeit und Kohärenz des EU-Rechts ignoriert werden. Eine erfolgreiche Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft auf europäischer Ebene setzt voraus, diese semantischen und konzeptionellen Unterschiede anzuerkennen, denn nur dann kann demokratisch zwischen ihnen vermittelt werden. Sprache macht Gesellschaften – und hat damit die Macht, zu verbinden. Digitale Methoden erlauben, dieses Potenzial zukünftig besser auszuschöpfen.



ROMAN HERZOG | INSTITUT

1. Platz 2023

Dr. Anselm Küsters

Seine Forschung

in drei Minuten erklärt





Soziales Vertragsrecht

Freiheit beschränken, um sie zu ermöglichen

Julia Kraft

Prof. Dr. Julia Kraft, LL. M. (KU Leuven), ist Professorin für Bürgerliches Recht und Vertragsgestaltung an der Universität Potsdam.

Wir leben in einem Land, das zu den reichsten dieser Erde zählt. Und doch gehören wachsende Armut und soziale Ungleichheit zu den drängendsten Problemen unserer Zeit. Längst ist klar: Wenn in den nächsten Jahren die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter aufgeht, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt in größter Gefahr. Aus gutem Grund steht das Ziel »Armut in allen ihren Formen und überall beenden« ganz oben auf der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Gleichzeitig treten in allen Wohlfahrtsstaaten – und damit auch in Deutschland – die Grenzen des Sozialstaates deutlich hervor. Denn staatliche Sozialleistungen können nicht in beliebiger Höhe erbracht werden. Steigende Sozialausgaben erfordern höhere Steuern und Abgaben, was höhere Belastungen für die Bürger und Unternehmen bedeutet. Das hemmt ihre Wirtschaftstätigkeit, dämpft den Unternehmergeist und führt zu einer Flucht in die Schattenwirtschaft. Führt Armutsbekämpfung also zwangsläufig in eine Krise des Wohlfahrtsstaates?

Wer hierauf eine Antwort sucht, muss in einem ersten Schritt Farbe bekennen und bestimmen, was Armut in einer sozialstaatlich fundierten Wohlstandsgesellschaft wie der unsrigen überhaupt bedeutet. Befragte man hierzu den indischen Ökonomen und Philosophen Amartya Sen, würde er wohl auf Folgendes hinweisen: Das Wohlergehen eines Menschen hängt nicht von seiner Einkommens- und Vermögensausstattung ab. Maßgeblich sind vielmehr seine Freiheiten, ein gutes Leben führen zu können. Dementsprechend drückt sich Armut im Mangel an grundlegenden Freiheiten aus und nicht bloß in einem niedrigen Einkommen, das gewöhnlich als Kriterium für Armut gilt.

Dieser freiheitsorientierte Ansatz ist auch hierzulande wirkmächtig. Die Bundesregierung knüpft in ihrer Armuts- und Reichtumsberichterstattung an die Überlegungen Sens an und legt ein Armutsverständnis zugrunde, das über die reine Einkommensarmut hinaus auf

mangelnde »Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Menschen in Deutschland« abhebt. Diese Abkehr vom Konzept der (relativen) Einkommensarmut ist für die Sozialpolitik in zweifacher Hinsicht bedeutsam:

Wenn Armut in einem Mangel an grundlegenden Freiheiten besteht, dann muss die distributive Aufgabe des Staates auf die Entwicklung und Sicherung menschlicher Freiheiten zielen. Was es in unserer Gesellschaft zu verteilen gilt, sind also nicht Einkommen und Vermögen, sondern Freiheiten.

Diese Einsicht ist bei der Wahl der richtigen Verteilungsinstrumente zu beachten. So wird eine mithilfe des Steuer- und Sozialrechts bewirkte Umverteilung von materiellen Ressourcen nicht zwangsläufig menschliche Freiheitsräume eröffnen. Denn ein Mindestmaß an finanziellen Mitteln ist für ein freiheitliches Leben in unserer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft zwar eine notwendige, aber eben keine hinreichende Bedingung.


Ein Beispiel: Dass der Staat für bedürftige Menschen die Kosten für Unterkunft und Heizung übernimmt, bedeutet nicht, dass diese Menschen damit auch über die Freiheit verfügen, ihr Bedürfnis nach Obdach zu befriedigen. Denn in der Realität stehen der Verwirklichung dieser Freiheit noch immer Wohnungsknappheit und diskriminierendes Vermieterverhalten zulasten von Sozialleistungsempfängern entgegen. Wirtschaftliche Not kann die Menschen zudem in ihrer Fähigkeit zur selbstbestimmten Gestaltung eines Mietvertrags beeinträchtigen. Auch das wirkt freiheitshemmend.

Damit zeigt sich: Zur Realisierung menschlicher Freiheiten genügt es nicht, staatliche Sozialmittel zu verteilen. Es müssen ebenfalls die persönlichen Fähigkeiten der Menschen gefördert und die gesellschaftlichen Gegebenheiten so modelliert werden, dass sie einer Freiheitsverwirklichung nicht entgegenstehen.

Mithilfe des sozialen Vertragsrechts lässt sich Armut – verstanden als ein Mangel an grundlegenden Freiheiten – bekämpfen.

Wer diese im Sen'schen Armutsverständnis angelegte Verschränkung anerkennt, muss feststellen: Ohne die Unterstützung eines sozialen Vertragsrechts wird Armutsbekämpfung nicht gelingen. Denn mit seiner Hilfe können die gesellschaftlichen Hintergrundbedingungen so gestaltet werden, dass auch bedürftige Menschen in der Lage sind, ihre knappen Mittel in die gewünschten Freiheiten umzuwandeln. Das heißt aber auch: Es müssen Einschränkungen der Vertragsfreiheit in Kauf genommen werden, die zum Abbau der in unserer Gesellschaft bestehenden freiheitsbeschränkenden Bedingungen notwendig sind.

»Freiheitseingriffe zur Herstellung wirklicher Freiheiten« – so lautet also das scheinbar paradoxe Programm eines sozialen Vertragsrechts. Damit wird nicht einem ungezügelten Interventionismus »um der Freiheit willen« das Wort geredet. Das Soziale, so aber das Plädoyer, sollte nicht nur als ein störender Fremdkörper in unserer auf Freiheit aufbauenden Privatrechtsordnung wahrgenommen werden. Denn mitmenschliches Einstehen im Rechtsgeschäftsverkehr eröffnet Freiheitsräume für alle. Genau in dieser Freiheitsermöglichung liegt die Aufgabe eines sozialen Vertragsrechts in der Sozialen Marktwirtschaft.



ROMAN HERZOG | INSTITUT

2. Platz 2023

Prof. Dr. Julia Kraft

Ihre Forschung
in drei Minuten erklärt





Soziale Marktwirtschaft

Garant für Fortschritt,
sozialen Ausgleich
und politische
Stabilität

Florian Dorn

Dr. Florian Dorn ist Persönlicher Referent des Präsidenten am ifo Institut München, Direktor von EconPol Europe sowie Lehrbeauftragter an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München.

Klimakrise und Energiewende, digitale und strukturelle Transformation, demografischer Wandel und Arbeitskräftemangel, geopolitische Risiken und De-Globalisierungstendenzen: Wie wir am Ende des Jahrzehnts dastehen werden, hängt entscheidend davon ab, wie wir gemeinsam diese Krisen und Herausforderungen angehen werden.

Dies betrifft nicht nur den Wohlstand und die Lebensgrundlage von uns und unseren Kindern, sondern auch die Stabilität unserer Demokratie. Wenn wirtschaftliche Krisen und Unsicherheiten überhandnehmen, bröckelt in Teilen der Gesellschaft das Vertrauen in unser Wirtschaftssystem und unsere demokratische Grundordnung – ein gefährlicher Nährboden für Populisten und radikale politische Kräfte, die unsere Freiheit, unsere Wettbewerbsfähigkeit, den sozialen Frieden und den Rechtsstaat gefährden.

In unsicheren Zeiten rufen viele reflexartig nach einem starken Staat. Klar ist, dass der Staat in Krisen handlungsfähig sein muss, um schwere wirtschaftliche Auswirkungen abzumildern. Er muss systemische und geopolitische Risiken identifizieren und dazu beitragen, kritische Abhängigkeiten zu reduzieren, etwa durch neue strategische Partnerschaften in der Welt oder die Stärkung des Europäischen Binnenmarkts. Der Staat muss selbst Investitionen in die Zukunft tätigen oder anstoßen, um etwa die Energiewende zu vollziehen, die Infrastruktur zu modernisieren, strukturpolitische Impulse in abgehängten Regionen zu setzen oder um die Digitalisierung voranzutreiben sowie die Erforschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien zu fördern. Hinzu kommt, dass nach dem Ende der Friedensdividende höhere Ausgaben für die äußere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit eingeplant werden müssen. Damit ist aber auch klar, dass die finanziellen Spielräume erheblich kleiner werden, um der Vielzahl an Herausforderungen zu begegnen.

Die Soziale Marktwirtschaft stützt sich auf entscheidende Grundpfeiler, um auch in Zukunft

eine widerstandsfähige Wirtschaft und Gesellschaft vorzufinden. So sorgen ihre Institutionen für soziale Absicherung und damit für eine Verringerung von wirtschaftlicher Unsicherheit, wie etwa die Wirkungen von Arbeitslosenversicherung oder Kurzarbeitergeld zeigen.

Statt jedoch die Verantwortung in allem beim Staat zu suchen, gilt heute vielleicht mehr denn je das Diktum aus der berühmten Berliner Rede des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog von 1997, dass durch Deutschland ein Ruck gehen müsse. Auch er betonte, dass es entscheidend auf die Haltung und die Veränderungsbereitschaft unserer Gesellschaft und jedes Einzelnen ankomme, wieder mehr Eigenverantwortung zu übernehmen sowie offen gegenüber neuen Ideen und Technologien zu sein. Durch eine Anpassung von Rahmenbedingungen an die neuen Herausforderungen – sei es im Steuer- und Transfersystem, im Bildungssystem oder durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeitmodelle – können Leistungsanreize gesetzt und die Befähigung zu mehr Eigenverantwortung in einer zunehmend dynamischen Welt gefördert werden.

Die Stärke der Sozialen Marktwirtschaft liegt insbesondere darin, Rahmenbedingungen so setzen zu können, dass sich Wohlstand mit sozialem Ausgleich, ökologischen Zielen und nachhaltiger Entwicklung verbinden lässt. Sie setzt dabei auf den Wettbewerb im Markt und die Lenkungswirkung des Preises, auf Freiheit und Technologieoffenheit. Der Fortschritt und die Innovationskraft des Wettbewerbs machen uns auch in der Zukunft widerstandsfähiger und agiler.

Werte wie Freiheit, Selbstverantwortung und Solidarität bieten hierbei wichtige Orientierung. Neuen Herausforderungen ist ideologiefrei und mithilfe evidenzbasierter Erkenntnisse zu begegnen. Ein enger Austausch von politischen Entscheidungsträgern und Wissenschaft kann ein wichtiger Schlüssel für die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft sein.

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften können beispielsweise die komplexen Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Herausforderungen aufzeigen. Sie können mit modernen Methoden und neuen Daten wichtige Erkenntnisse zur Wirkung wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen und zur Weiterentwicklung von Institutionen liefern. So sollte es angesichts knapper Ressourcen zur Regel werden, Gesetze und politische Maßnahmen einer wissenschaftlichen Evaluation auf ihre Wirkung und Effizienz hin zu unterziehen. Die Wissenschaft sollte dafür schon das Design der Maßnahmen begleiten, um die kausale Wirkung im Anschluss untersuchen zu können.

**Freiheit, Selbstverantwortung
und Solidarität bieten Orientierung
für die Ausgestaltung der
Sozialen Marktwirtschaft.**

Erst wenn man Ursachen und Wirkungen versteht, sind Entscheidungsträger in der Lage, die richtigen politischen Schlussfolgerungen zu ziehen, um die Widerstandsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft und der natürlichen Lebensgrundlagen zu stärken. Auf diese Weise kann die Soziale Marktwirtschaft gerüstet werden, auch im Lichte neuer Herausforderungen Wohlstand und politische Stabilität in Europa nachhaltig für alle zu sichern.

ROMAN HERZOG | INSTITUT



3. Platz 2023

Dr. Florian Dorn

Seine Forschung

in drei Minuten erklärt






Feierliche Preisverleihung im Literaturhaus München

Krisenfeste Ordnung, starke Leistung

Roman Herzog Forschungspreis 2023

75 Jahre Soziale Marktwirtschaft – 10 Jahre Roman Herzog Forschungspreis. Zu diesem Doppeljubiläum ehrte das Roman Herzog Institut am 17. Mai 2023 drei junge Wissenschaftler*innen für ihre Forschungsarbeiten über europäisches Wettbewerbsrecht, soziale Ungleichheit und institutionelle Rahmenbedingungen.

»Gerade in Zeiten multipler Krisen, wie wir sie jetzt erleben, müssen wir – getreu dem RHI-Motto – ›Gesellschaft denken‹. Dazu gehört auch, unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten«, sagte der RHI-Vorstandsvorsitzende Prof. Randolph Rodenstock bei der Preisverleihung im Literaturhaus München. Vielseitige Perspektiven auf die Soziale Marktwirtschaft spiegeln auch die Arbeiten der diesjährigen Preisträger wider:



Die Preisverleihung im Video

Der **Erstplatzierte Dr. Anselm Küsters** setzt sich in seiner Doktorarbeit mit den intellektu-

ellen Grundlagen der europäischen Rechtsordnung auseinander. Darin weist er nach, wie stark das ordoliberalen Wettbewerbsverständnis über Jahrzehnte die europäische Wettbewerbspolitik und Rechtsprechung geprägt hat.

Staatlich festgelegte Mindestlöhne oder gedeckelte Mieten sind für Kritiker ein unzulässiger Eingriff in die privatrechtliche Vertragsfreiheit. Die **zweite Preisträgerin Prof. Dr. Julia Kraft** argumentiert in ihrer Habilitationsschrift dagegen. Sie hält solche Interventionen für legitim und notwendig, da sie bedürftigen Menschen grundlegende Freiheiten überhaupt erst ermöglichen.

Wie staatliches Handeln und veränderte Rahmenbedingungen Wohlstand und politische Stabilität fördern können, analysiert **Dr. Florian Dorn**. In seiner Dissertation untersucht der **dritte Preisträger** unter anderem die Auswirkungen von Infrastrukturprojekten auf die regionale Wirtschaftsentwicklung und welche Effekte der globale Handel auf die Einkommensungleichheit hat.

Thematische Vielfalt und interdisziplinäre Ausrichtung bilden den Markenkern des Roman Herzog Forschungspreises. Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. fördert und unterstützt die Auszeichnung, die mit 35.000 Euro im deutschsprachigen Raum zu den höchstdotierten für wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Arbeiten zählt. Prämiert werden Forschungsarbeiten, die sich mit der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur aus rein ökonomischer Sicht befassen, sondern auch juristische, sozialwissenschaftliche oder ethische Aspekte aufgreifen.

»Die zehnjährige Geschichte des Forschungspreises ist auch ein Abbild der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Entwicklung unseres Landes«, hob Rodenstock hervor. Neben den »klassischen« ordnungspolitischen Themen, etwa zur Rolle von Staat und Unternehmen im marktwirtschaftlichen Wettbewerb oder dem Verhältnis von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialem Ausgleich, stellen sich auch

immer wieder neue Fragen, aktuell etwa: Wie können wir unseren Wohlstand wahren vor dem Hintergrund der »4 D« – Dekarbonisierung, Digitalisierung, De-Globalisierung und demografischer Wandel? Angesichts zunehmender geopolitischer Spannungen rücken auch die internationalen Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft mehr und mehr in den Blick: Wie schneidet sie im internationalen Systemwettbewerb ab? Vor allem aber richtet sich vor dem Hintergrund von Pandemie und Ukraine-Krieg das Forschungsinteresse in jüngerer Zeit auf die Frage: Wie sind wir gegen Krisen aufgestellt?

Die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaftsordnung stand denn auch im Mittelpunkt der Preisverleihung. In seiner Festrede zeigte sich Prof. Dr. Martin Werding, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, besorgt über die Entwicklung der Staatsverschuldung. Der Wirtschaftsweise empfahl, die öffentlichen Ausgaben zu senken und die Haushalte zu konsolidieren, um auch in künftigen Krisen handlungsfähig zu sein.

Dem stimmten die Preisträger*innen ausdrücklich zu. Statt marode Unternehmen künstlich am Leben zu erhalten, sollte der Staat den Wettbewerb fördern und mehr in Bildung und Forschung investieren. Die Entwicklung zukunftsfähiger Technologien kommt langfristig nicht nur dem Klimaschutz zugute. Sie trägt auch dazu bei, von marktbeherrschenden Anbietern und globalen Lieferketten unabhängiger zu werden.





»Solide Staatsfinanzen machen uns handlungsfähig«

Was stärkt Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Krisenzeiten – und wo schwächt das System? Hierzu tauschten sich RHI-Geschäftsführer Dr. Martin Lang mit Prof. Dr. Martin Werding, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, am Rande der zehnten Verleihung des Roman Herzog Forschungspreises aus.

Herr Professor Werding, die Soziale Marktwirtschaft wird in diesem Jahr 75. Wie gut ist sie für die aktuellen Herausforderungen aufgestellt?

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein flexibles, ein lernendes System, das es uns ermöglicht, mit Krisen umzugehen. Daher sehe ich sie prinzipiell gut aufgestellt. Wir sollten auf die Probleme reagieren und versuchen, sie im Modus der Sozialen Marktwirtschaft zu lösen.

Müssten wir politische Entscheidungen nicht eher strategisch treffen, als bloß zu reagieren?

Eine übergeordnete Strategie, welche die Schocks von morgen und übermorgen antizipiert, kann es nicht geben.

Angesichts der vielen Krisen – etwa Klima, Krieg, Energie, Inflation, Migration – sind Prioritäten doch wichtig ...

Hier ist zu unterscheiden zwischen »Langstreckenthemen« und kurzfristigen; manche hängen zusammen – wie der Krieg in der Ukraine mit unserer Energieversorgung und der Inflation. Andere Themen gruppieren sich zueinander, zum Beispiel Fachkräftemangel und Migration. Wir müssen an vielen relevanten Fragen gleichzeitig arbeiten und die langfristigen Themen dabei nicht aus den Augen verlieren – sonst bleiben wir im »Muddling-through« stecken.

Zur Bekämpfung der Krisen gibt der Staat viel Geld aus. Ist das sinnvoll?

In bestimmten Situationen ist ein solches Vorgehen hilfreich – etwa während der Pandemie. Aber nicht alle Krisen lassen sich mit Geld lösen und natürlich können nicht ganze Branchen dauerhaft am Tropf staatlicher Subventionen hängen. Wenn der Finanzminister im Krisenfall sein Portemonnaie aufmacht, muss es dafür einen zeitlichen Horizont und ein Ausstiegsszenario geben.

Letztlich ist auch klar: Der Staat zahlt ja gar nicht selbst. Er verteilt Lasten auf heutige und künftige Steuerzahler. Der Belastung künftiger Generationen sind jedoch Grenzen gesetzt, sonst ist die Verschuldung nicht mehr tragfähig.

Welche Risiken sind denn mit hohen Schulden verbunden?

Dass in künftigen Krisen die Mittel nicht ausreichen. In der Vergangenheit hieß es oft: Warum nicht mehr Schulden aufnehmen? Jetzt sehen wir, warum Haushaltskonsolidierung wichtig war und ist: um zur rechten Zeit Handlungsspielräume zu haben!

Der Staat greift auch tief in die Tasche, damit die Renten stabil bleiben. Wie lange kann das gutgehen?

Wir nutzen den Bundeshaushalt zur Mitfinanzierung des Rentensystems. Das Problem ist dabei weniger der Bundeszuschuss an sich als seine Dynamik. Für dringend nötige Investitionen – etwa in die Infrastruktur – stehen immer weniger Mittel zur Verfügung. Langfristig muss man über die private Co-Finanzierung öffentlicher Projekte nachdenken. Auch könnten wir die Regeln überprüfen, die festlegen, wofür der Staat sich verschulden darf. Bei Einführung der Schuldenbremse hatte der Sachverständigenrat vorgeschlagen, Kreditaufnahmen in Höhe der Netto-Investitionen zu erlauben.

Auch in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung gibt es enorme Defizite. Wie können wir eine gute medizinische Versorgung dauerhaft finanzieren?

Unser Gesundheitssystem arbeitet teilweise ineffizient, vor allem an den Schnittstellen zwischen stationärer und ambulanter Versorgung sowie zwischen Kranken- und Pflegekassen. Wenn es gelingt, diese Ineffizienzen zu beseitigen, können wir Kosten dämpfen, ohne die Qualität in der medizinischen Versorgung und in der Pflege einzubüßen.

Durch die Alterung der Bevölkerung gehen der deutschen Wirtschaft jedes Jahr Fachkräfte verloren. Kann qualifizierte Einwanderung die Lücke füllen?

Um den demografisch bedingten Schwund an Arbeitskräften auszugleichen, bräuchte es eine Netto-Einwanderung von 400.000 Menschen pro Jahr. Hierfür wären rund 1,5 Millionen Zuzüge notwendig – Jahr um Jahr, bis 2040



und noch länger. Aus EU-Ländern kommen zwar viele junge Menschen zum Studieren nach Deutschland, aber sie bleiben nicht. Wir müssen uns also fragen: Wie wird Deutschland als Einwanderungsland attraktiv? – und nicht: Wie filtern wir die Richtigen heraus? Es bringt wenig, auf dem hohen Ross zu sitzen und bürokratische Hürden aufzubauen – wie den Gleichwertigkeitsnachweis zur beruflichen Ausbildung. Der Sachverständigenrat empfiehlt, die Arbeitgeber stärker in die Auswahlprozesse einzubinden.

»**Friend-Shoring wäre bei einigen kritischen Inputs vorteilhaft.**«

Angesichts wachsender geopolitischer Spannungen wird mehr »strategische Autonomie« von Handelspartnern wie China gefordert. Eine weitere wirtschaftliche Abkoppelung droht aber, unseren Wohlstand zu gefährden. Was also tun? Strategische Handelspolitik kann nicht darin bestehen, sich komplett autonom zu machen. Im Fall Chinas ist zu fragen, bis zu welchem Punkt wir von der Partnerschaft profitieren und ab wann wir zu abhängig sind. Diese Balance zu finden, ist auch im Interesse von Unternehmen. Bei einigen kritischen Inputs wäre es vorteilhaft, Lieferketten hin zu mehr »Friend-Shoring« umzubauen.



Mitarbeiterbindung

Wertschätzung zahlt sich aus!

Matthias Heinz

Prof. Dr. Matthias Heinz hat die Professur für Strategie an der Universität zu Köln inne. Zudem ist er Sprecher des Köln-Bonner Exzellenzclusters ECONtribute und Direktor des Reinhard Selten Instituts.

Am Arbeitsmarkt vollzieht sich zurzeit ein radikaler Wandel: Während vor einigen Jahren die Arbeitslosigkeit das alles beherrschende Problem war, ist mittlerweile der Fachkräftemangel in den Fokus gerückt. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren noch verstärken, da es durch den demografischen Wandel immer weniger Arbeitskräfte geben wird. Dies bedeutet, dass die Bindung von Beschäftigten für Unternehmen eine immer größere Rolle spielen wird. Wie aber lassen sich Beschäftigte gezielt halten?

Der wichtigste Hebel zur Bindung von Beschäftigten ist ohne Frage das Gehalt. Aber: In vielen Branchen, die vom Fachkräftemangel betroffen sind, sind die finanziellen Spielräume für Gehaltssteigerungen begrenzt. So wird in der Politik zwar gern öffentlichkeitswirksam gefordert, dass beispielsweise Erzieher*innen oder Pflegekräfte besser bezahlt werden müssten. Wie dies jedoch von den meist staatlichen Arbeitgebern in diesen Bereichen finanziert werden soll, wird dabei häufig außen vor gelassen.

»
Der wichtigste Hebel zur Bindung von Beschäftigten ist das Gehalt. Doch oft sind die finanziellen Spielräume der Firmen begrenzt.
«

Ein weiterer Hebel besteht darin, Jobs attraktiver zu gestalten. Aber auch hier sind die Möglichkeiten beschränkt. So ist es etwa kaum zu verhindern, dass Pflegekräfte regelmäßig Nachtschichten haben.

Eine Methode, um die Attraktivität von Jobs zu steigern, die fast jedem Unternehmen offensteht, ist, den Beschäftigten Wertschätzung entgegenzubringen. Über welche Wege man dies tun kann, haben wir in zwei »Randomized Controlled Trials« untersucht, die jüngst in den

wissenschaftlichen Zeitschriften »Management Science« und »Journal of Political Economy« erschienen sind. In den Studien haben wir mit einer großen osteuropäischen Supermarktkette zusammengearbeitet, die von einer jährlichen Beschäftigten-Fluktuationsrate von 80 Prozent betroffen war. Umfragen zeigten, dass geringe Wertschätzung für Jobs in Supermärkten innerhalb des Unternehmens und in der Gesellschaft ein wesentlicher Grund für die Fluktuation war.

In einer ersten Studie haben wir die tägliche Interaktion zwischen den Beschäftigten und den Filialleitungen in den Supermärkten in den Blick genommen: Die Filialleitungen wurden vom CEO des Unternehmens dazu aufgefordert, sich mehr um ihre Beschäftigten zu kümmern. Um den Effekt des Aufrufs gezielt zu messen, erhielt diesen »nur« die Hälfte der Filialleitungen. In den folgenden Monaten sank die Fluktuation in den Filialen, in denen die Filialleiter dazu aufgerufen waren, sich mehr um ihre Beschäftigten zu kümmern, und war um 25 Prozent niedriger als in den Filialen »ohne Aufruf«. Was war der Grund für die geringere Fluktuation? In mehreren Umfragen stellten wir fest, dass die Filialleitungen »mit Aufruf« mehr Zeit mit ihren Beschäftigten verbrachten und verstärkt ein offenes Ohr für deren Belange und Probleme hatten als jene ohne Aufruf. Die Mitarbeiter*innen wussten dies zu schätzen – und blieben dem Unternehmen eher erhalten.

In einer zweiten Studie haben wir in zufällig ausgewählten Filialen des Unternehmens ein Empfehlungssystem eingeführt. Die Kernidee: Wenn Beschäftigte einer*m Bekannten einen Job in der Firma empfohlen und diese*r von der Supermarktkette eingestellt wurde, erhielten sie hierfür einen Bonus. In den Filialen, in denen das Empfehlungssystem eingeführt wurde, wurde zusätzlich auch die Höhe der Bonuszahlungen variiert. Das Ergebnis: Das Empfehlungssystem wurde von den Beschäftigten kaum genutzt; selbst bei sehr hohen Bonuszahlungen gab es kaum Empfehlungen. Interessanterweise ging die Fluktuation in den Filialen mit Empfehlungssystem dennoch um 15 Prozent zurück. Allein durch den Aufruf an die Beschäftigten, Bekannte zu empfehlen, konnte die Fluktuation deutlich gesenkt werden. Umfragen bestätigten den Grund dafür: Die Beschäftigten wurden durch das Empfehlungssystem stärker in Personalentscheidungen involviert, was sie als Zeichen von Vertrauen und Wertschätzung vonseiten der Unternehmensleitung interpretierten.

Wenn Führungskräfte sich um ihre Beschäftigten kümmern, ein offenes Ohr für deren Sorgen und Nöte haben und diese in ihre Entscheidungen einbeziehen, kann dies deren Bindung zum Unternehmen erhöhen. Wertschätzung zahlt sich eben aus – für Unternehmen und Mitarbeiter*innen – und kann ein probates Mittel gegen den Fachkräftemangel in der Sozialen Marktwirtschaft sein.

Wissen auf den Grund gehen – mit renommierten Wissenschaftler*innen machen wir wirtschaftliches, gesellschaftliches und politisches Wissen für Sie zugänglich: RHI-Geschäftsführer Dr. Martin Lang mit (v. l.) Lea Merdies, studentische Mitarbeiterin, Tina Maier-Schneider, wissenschaftliche Referentin, und Brigitte Borrelli, Managementassistentin.





Arbeitsmarkt

Was für die Zukunft wichtig ist

Britta Gehrke

Prof. Dr. Britta Gehrke ist Professorin für Makroökonomik an der Freien Universität Berlin und mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie dem Institute of Labor Economics (IZA) affiliert.

Zahlreiche gesellschaftliche Umwälzungen verändern den Arbeitsmarkt und werden sich absehbar verstärken. Die Liste an Herausforderungen für den Arbeitsmarkt ist daher lang: demografischer Wandel, Dekarbonisierung, Digitalisierung und zunehmend ungleiche Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt. Vor diesem Hintergrund gibt es aber mindestens zwei gute Nachrichten.

- Erstens: Der deutsche Arbeitsmarkt ist in grundsätzlich guter Verfassung; die Beschäftigung ist auf Rekordniveau und hat den Krisen der letzten Jahre erfolgreich getrotzt.
- Zweitens: Es liegen zahlreiche gut erforschte Instrumente auf dem Tisch, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

Die Alterung der Bevölkerung schlägt sich im zunehmenden Arbeitskräftemangel nieder. Dieser Mangel trifft auf hohen Arbeitskräftebedarf aufgrund des anstehenden Umbaus zu einer CO₂-neutralen Gesellschaft. Daher ist es essenziell, die Teilnahme am Arbeitsmarkt für alle – auch für Ältere und Personen mit Care-Aufgaben – möglich und attraktiv zu machen. Dies bedeutet, dass Arbeit flexibel sein muss: flexibel in Bezug auf die Arbeitstage und Arbeitsstunden, aber auch in Bezug auf Jobwechsel. Hier ist auch die Sozialversicherung gefordert, ihren Teil zu leisten und ein soziales Netz auch bei Wechseln zum Beispiel zwischen Selbstständigkeit und angestellter Beschäftigung bereitzustellen. Eine zu starre Arbeitsmarktstruktur geht an der Lebenswirklichkeit vieler, insbesondere junger Menschen vorbei. Um die Erwerbstätigkeit tatsächlich zu erhöhen, muss dies mit mehr und besserer Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung sowie Gesundheitsschutz für ältere Beschäftigte kombiniert werden.

Allein die Erhöhung der Teilnahme am Arbeitsmarkt wird den Arbeitskräftemangel allerdings nicht ausgleichen können. Des Weiteren ist Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften

aus dem Ausland zwingend notwendig. Hier gibt es deutlichen Nachholbedarf im deutschen Arbeitsmarkt, etwa was die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und eine generelle Willkommenskultur aller Beteiligten betrifft.

Durch Digitalisierung und den Umbau zur CO₂-Neutralität entstehen auf der einen Seite neue »Green Jobs«, auf der anderen Seite werden bestimmte Tätigkeiten durch künstliche Intelligenz ersetzt. Strukturwandel ist allerdings kein neues Phänomen, sondern begleitet uns seit Jahrzehnten. Entsprechend gut ist die stabilisierende Rolle von Weiterbildung und sozialer Absicherung dokumentiert. Digitalisierung, künstliche Intelligenz und Roboter werden uns nicht die Arbeit wegnehmen. Im Gegenteil: Sie können uns dabei helfen, produktiver zu werden und uns auf Tätigkeiten zu konzentrieren, bei denen der Mensch gebraucht wird, und so auch den Arbeitskräftemangel abfedern.

Bereits seit einiger Zeit beobachten wir einen Anstieg der Ungleichheit und die Zunahme von prekärer Beschäftigung – auch wenn diese Tendenzen in Deutschland (noch) etwas weniger ausgeprägt sind als in anderen Ländern mit ähnlich hohem Einkommen. Wenn Teile der Gesellschaft von Produktivitätsfortschritten ausgeschlossen sind, kann dies gesellschaftliche Spaltungen verstärken.

Ein sinnvolles Instrument zur Bekämpfung von Lohnungleichheit ist ein Mindestlohn. Allerdings können Mindestlöhne in der falschen Dosierung zu Beschäftigungsverlusten führen. Daher sollten objektive Kriterien zur Festlegung und Evaluierung von Mindestlöhnen genutzt werden. Zudem sollte die Sozialpartnerschaft zwischen Betrieben und Beschäftigten wieder gestärkt werden. Die bereits genannte Flexibilität muss von einer starken Verhandlungsposition der Beschäftigten flankiert werden, zum Beispiel durch mehr Tarifbindung und Betriebsräte.

Dies ist nicht nur unter Gerechtigkeitsaspekten relevant. Zu hohe Marktmacht auf Unterneh-

mensseite schadet nachweislich der Produktivität. Eine neue Rolle für Gewerkschaften könnte es daher sein, die Transparenz auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, etwa indem sie Beschäftigten Informationen über alternative Jobs zur Verfügung stellen. Eine höhere Mobilität von Beschäftigten beschränkt die Marktmacht der Unternehmen.

Neben diesen langfristigen Tendenzen haben uns die letzten Jahre gelehrt, dass es immer neue Krisen geben wird. Um sicherzustellen, dass der Arbeitsmarkt dafür gewappnet bleibt, ist es sinnvoll, Instrumente wie die Kurzarbeit weiterzuentwickeln.

Auch wenn die anstehenden Herausforderungen groß sind, ist der Arbeitsmarkt insgesamt in einer guten Verfassung. Damit dies so bleibt, muss diesen Umwälzungen aktiv begegnet werden. Die genannten Instrumente benötigen Ehrlichkeit und Mut zur Veränderung, um eine breite gesellschaftliche Akzeptanz sicherzustellen.



»Ich bin Lea Merdies und studiere Politik- und Rechtswissenschaften an der LMU München. Ich betreue den RHI-Instagram-Account und poste mehrmals wöchentlich Einblicke in die Arbeit des RHI. Schauen Sie doch mal vorbei – einfach den QR-Code scannen oder auf das Icon klicken.«





Diskriminierung

Wie Kommunen den Marktzutritt von Unternehmen erschweren

Ekkehard A. Köhler

Prof. Dr. Ekkehard A. Köhler ist Juniorprofessor für Volkswirtschaftslehre und Didaktik der Wirtschaftswissenschaften am Zentrum für ökonomische Bildung (ZöBiS) der Universität Siegen und mit dem Walter Eucken Institut affiliert.

Die Soziale Marktwirtschaft steht für offene Märkte, Wettbewerb, unternehmerische Freiheit und Eigeninitiative. Sie ist der stete Versuch, wirtschaftlichen Erfolg, sozialen Zusammenhalt und faire Teilhabe auszubalancieren. Doch Fairness und Diskriminierungsfreiheit stellen sich nicht von selbst ein – auch im Unternehmenskontext nicht. Ungleichbehandlung ist dann nicht allein auf ökonomische Faktoren zurückzuführen. Ein weiterer Grund mag in der bewussten oder unbewussten Diskriminierung von Minderheiten liegen. Wie sehr spielt Ungleichbehandlung auch im ökonomischen Kontext eine Rolle, etwa beim Marktzutritt?

Dieser Frage bin ich als Teil eines internationalen Forschungsteams nachgegangen. Uns interessierte, ob ausländische Investoren bei kommunalen Verwaltungen schlechtere Karten haben als Einheimische, wenn es darum geht, ein neues Unternehmen in der Gemeinde gründen zu wollen. Dazu stellten wir Untersuchungen in China, Deutschland und den USA an.

Im Konkreten haben wir untersucht, wie sich Verwaltungen bzw. deren Kommunalbeamte verhalten, wenn sie von Unternehmensrepräsentanten um Informationen über die Gründung eines neuen Unternehmens gebeten werden. Macht es dabei einen Unterschied, ob man Ausländer oder Einheimischer bzw. Mann oder Frau ist?

In mehreren Wellen haben wir per E-Mail Gemeinden kontaktiert und unser Interesse an einer Unternehmensgründung vor Ort bekundet. Dabei variierten wir sowohl die Herkunft als auch das Geschlecht der Anfragenden. So fragte wahlweise eine Deutsche/ein Deutscher bei einer kreisangehörigen Gemeinde nach Informationen über die Anmeldung eines Gewerbes, eine Ausländerin oder ein Ausländer.

Nach diesem Muster führten wir identische Feldexperimente in Deutschland, China und den USA durch.* Wir kontaktierten die Bürgermeisterämter in insgesamt 6.000 Städten (etwa 2.000 pro Land) in der jeweiligen Landesspra-

che und baten um Informationen, wie dort eine Gewerbeanmeldung zur Gründung eines neuen Unternehmens vorgenommen werden kann.

Wir stellten fest, dass die kommunalen Verwaltungsmitarbeiter in China, Deutschland und den USA über große Ermessensspielräume verfügen und diese zum Teil sehr unterschiedlich nutzen. Dies lässt sich schon daran festmachen, dass rund zwei Drittel bis drei Viertel der Anfragen unbeantwortet blieben. Generell beantworteten chinesische und deutsche Städte 36 bzw. 37 Prozent der Anfragen, amerikanische Städte lediglich 23 Prozent.

Amerikanische und deutsche Städte reagierten eher auf Anfragen von Einheimischen als von Ausländern; chinesische Städte gingen eher auf Anfragen von Männern als von Frauen ein. So war die Wahrscheinlichkeit, dass sich chinesische Kommunen der Anfrage einer Frau annahmen, um 6 Prozent niedriger als bei solchen von männlichen Interessenten. Kommunen in Deutschland und den USA zeigten hingegen keinen signifikanten Unterschied in ihrem Antwortverhalten nach Geschlecht. Dies kann als Nachweis für Diskriminierung von weiblichen Investoren durch chinesische Lokalbehörden gedeutet werden.

Amerikanische Städte reagierten wiederum mit 16 Prozent und deutsche Städte mit 11 Prozent höherer Wahrscheinlichkeit auf Anfragen von US- bzw. von deutschen Bürgern als auf solche von Chinesen. Dies kann als Evidenz für die Diskriminierung von Chinesen durch amerikanische und deutsche Beamte gewertet werden. Chinesische Kommunen hingegen bearbeiteten mit gleich hoher Wahrscheinlichkeit die Anträge von Einheimischen und westlichen Ausländern.

Ziel der Wettbewerbspolitik ist es, für freien und fairen Marktzutritt zu sorgen und Eintrittshürden abzubauen. Soziale Marktwirtschaft und Diskriminierungsfreiheit gehören also wesentlich zusammen. Hierfür kann schon im Kleinen etwas getan werden. Denn Ungleich-



Diskriminierungsfreiheit und Soziale Marktwirtschaft gehören zusammen – auch und gerade mit Blick auf offene Märkte.

behandlung – sei es wegen des Geschlechts, wegen der Herkunft oder aus anderen Gründen – findet auch im Umgang von Kommunen mit potenziellen Investoren statt. Dies schränkt private Leistungsinitiative und Entwicklungsmöglichkeiten ein und schädigt die öffentlichen Finanzen, da potenzielle Steuereinnahmen entgehen.

Zu offenen Märkten gehört nach unseren Ergebnissen auch, die Diskriminierung von (potenziellen) Investoren vor Ort zu vermeiden – etwa durch stärkere Kontrollen der kommunalen Exekutive bei der Umsetzung einer diskriminierungsfreien Bereitstellung von öffentlichen Gütern. Zudem schlagen wir insbesondere mit Blick auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung von deutschen Kommunen interkulturelle Awareness-Schulungen vor, um immer noch vorhandene Barrieren im Kopf abzubauen.

Die Soziale Marktwirtschaft muss im Wettbewerb der Wirtschaftssysteme bestehen können und attraktiv für Investoren bleiben – egal aus welchem Land diese stammen oder welches Geschlecht sie haben. Dies setzt auch (Welt-)Offenheit in den Köpfen und in den Verwaltungen voraus. Wie wir gesehen haben, gibt es hier noch einiges zu tun.

* Köhler, Ekkehard / Matsuoka, John G. / Wu, Yanhui, 2023, Street-Level Responsiveness of City Governments in China, Germany, and the United States, in: Journal of Comparative Economics, Vol. 51, Iss. 2, pp. 640–652, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3907862 oder <https://doi.org/10.1016/j.jce.2023.01.001>



Resilienz

Mit Freiheit, Nachhaltigkeit und Gemeinsinn zum Erfolg

Michael Hüther | Dominik H. Enste

Prof. Dr. Michael Hüther ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, Honorarprofessor an der EBS Business School in Oestrich-Winkel und Vorsitzender des Aufsichtsrats der TÜV Rheinland AG.

Prof. Dr. Dominik H. Enste leitet das Themencluster »Verhaltensökonomik und Wirtschaftsethik« im IW, ist Geschäftsführer der IW Akademie sowie Professor für Wirtschaftsethik und Institutionenökonomik an der Technischen Hochschule Köln.

Die vier Megatrends demografischer Wandel, Digitalisierung, Dekarbonisierung und De-Globalisierung sind die zentralen Treiber der aktuellen Transformation von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Um damit einhergehende Herausforderungen wie Klimaerwärmung und Energieknappheit zu bewältigen, müssen Staaten widerstandsfähig sein. Resilienz (Widerstandsfähigkeit) ist dabei von Robustheit und der Sehnsucht nach der Rückkehr zum Status quo ante zu unterscheiden. Für mehr Resilienz – also friktionsfreier Reaktionsfähigkeit – muss in der Regel (statische) Effizienz geopfert werden. Denn Lagerhaltung, Re-Shoring und Diversifikation von Lieferanten beispielsweise führen zu höheren Transaktionskosten.

Wichtige Bausteine für die Widerstandsfähigkeit einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind Freiheit, Fortschritt und Veränderungsbereitschaft. Sowohl theoretisch als auch empirisch sind resiliente Gesellschaften marktwirtschaftlich geprägte sowie freiheitlich-demokratisch fundierte und gesteuerte Gemeinwesen. Dabei treten vielfältige Interdependenzen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Staat auf. Denn Resilienz ist zugleich von starkem gesellschaftlichem Zusammenhalt und Vertrauen der Menschen zueinander (Sozialkapital), in die Wirtschaft und zu den staatlichen Institutionen abhängig. Außerdem sorgen eine hohe Qualität staatlicher Rahmenbedingungen, ein gutes Bildungssystem (und damit gut aus-

gebildete Menschen/Humankapital) sowie eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise für Resilienz.

Im internationalen Vergleich gehört die Soziale Marktwirtschaft knapp hinter den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten zu den erfolgreichsten Wirtschaftssystemen – und das nicht nur im Rückblick. Die deutsche Gesellschaft und Wirtschaft erweisen sich auch für zukünftige Krisen als erstaunlich gut gerüstet: Deutschland belegt im weltweiten Resilienz-Ranking von 154 Ländern Platz 6.

Insbesondere die wirtschaftliche Leistungs- und Innovationsfähigkeit zusammen mit einer niedrigen (Jugend-)Arbeitslosigkeit – auch aufgrund des weltweit nahezu einzigartigen Dualen Ausbildungssystems – werden als sehr gut eingeschätzt. Aber auch der öffentliche Raum, die Inklusion sowie die individuellen Fähigkeiten der Menschen zählen zu den Assets Deutschlands.

Freiheit und Nachhaltigkeit sind dabei wichtige Korrelate von Resilienz; das heißt, diese drei Faktoren hängen stark positiv zusammen. Das mag viele in der aktuellen Debatte überraschen, ist aber plausibel: Marktwirtschaftliche Orientierung und demokratische Prozesse sorgen zusammen mit den passenden staatlichen Anreizen und Informationen über die Notwendigkeit von Veränderungen am besten für mehr finanzielle und ökologische Nachhaltigkeit sowie Widerstandsfähigkeit.

Voraussetzung für den weiteren Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft ist aber die Umsetzung wichtiger Reformen. Dazu zählen die Anpassung der Rentenformel an die veränderte Demografie; hier sind andere große Industrieländer schon weiter. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien könnte Deutschland zum Vorbild werden, sofern dieser technologieoffen und ideologiefrei erfolgt. Notwendig ist dafür zum einen die internationale Kooperation in Klimaclubs, auf die sich die G-7-Staaten Ende 2022 geeinigt haben. Zum anderen muss sichergestellt werden, dass Deutschland nicht

Resilienz lebt vom achtsamen Umgang und von der Einbeziehung aller relevanten Gruppen in den Veränderungsprozess.

bloß ein Vorreiter ist, dem andere Staaten dann doch nicht folgen.

Vielmehr muss die ökologische Umgestaltung der Wirtschaft von der Mehrheit der Gesellschaft getragen werden und den Ansprüchen an soziale Gerechtigkeit und Wohlstandssicherung genügen. Zudem basiert die Resilienz Deutschlands auf der ausgeprägten Mitverantwortung von Wirtschaft und Unternehmen, die diese freiwillig für den Standort übernehmen. Der überraschend starke Zusammenhalt der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen trotz der Ausdifferenzierung und Auffächerung in viele soziale Milieus sollte nicht durch radikale Aktionen – etwa von Klimaaktivisten – und durch Überforderung infolge unrealistischer Maßnahmen gefährdet werden. Denn Resilienz lebt auch vom achtsamen Umgang miteinander und von der Einbeziehung aller relevanten Gruppen in den Veränderungsprozess.



RHI-
Studie



Ausblicke

Rupprecht Podszun

Mitglied Forschungspreis-Jury und RHI-Beirat
Preisträger 2014



»
**Wirken können Ideen nur,
wenn sie Sprachkraft entfalten.**
«

Das Interesse des »Volks der Dichter und Denker« an Sprache scheint sich derzeit in der hitzigen Auseinandersetzung zu erschöpfen, ob das »Gendergap« in Form von Sternchen, Doppelpunkt oder Unterstrich den Untergang des Abendlandes einläutet. Dass dieses Land von Spracharmut eingeholt wird, lässt die meisten ansonsten kalt:

Viertklässler in Deutschland können im internationalen Vergleich dramatisch schlecht lesen. Viel zu viele Menschen, die aus anderen Ländern nach Deutschland kommen, beherrschen auch nach längerer Zeit nur Bruchstücke des Deutschen (was die Integration erheblich erschwert). Im Alltag dominiert digitales Blubbern. Doktorarbeiten sind oft eine lieblos formulierte Textmasse. Politikerinnen und Politiker (Arbeitsort: Parlament!) werden offensichtlich nicht danach ausgewählt, ob sie mitreißend reden können. Dass es zudem in Brüssel eine Politikmaschine gibt, in der schlechtes »Plastik-Englisch« die Amtssprache ist, sei nur am Rande geseufzt.

Die Sprache ist das wichtigste Instrument einer demokratischen Gesellschaft. Wo sie fehlt, werden Missstände nicht aufgearbeitet; wo aneinander vorbeigeredet wird, treibt es die Gesellschaft auseinander; wo Sprache nicht präzise ist, passieren Fehler; wo Menschen nicht mitreden können, wird es asozial.

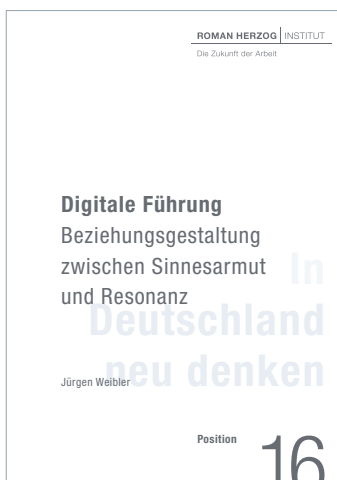
»Die Grenzen der Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt«, ließ Ludwig Wittgenstein wissen. In einer zerrissenen Gesellschaft und einer gespaltenen Welt müssten sich die führenden Köpfe anstrengen, diese Grenzen zu überwinden.

Roman Herzog empfahl schon 1999 zur Abhilfe gegen die sprachliche Armut und ihre destruktiven Folgen für die Demokratie die Klassiker zur Lektüre: »Wer mit Meistern der Sprache einmal Umgang hatte, wird (...) hellhöriger für den Missbrauch der Sprache, für Propaganda, für hohle Phrasen, für Denkfaulheit.«

In erster Linie darf sich die Wissenschaft angesprochen fühlen. Ihre Erkenntnisse sind der Schlüssel zu vielen Hoffnungen, die in Zeiten von Krieg und Krisen den Optimismus wachhalten. Wirken können die Ideen aber nur, wenn sie auch Sprachkraft entfalten. Wer mit den Meistern seines Faches (und natürlich auch den Meisterinnen) einmal Umgang hatte, merkt rasch: Diejenigen Köpfe, die noch heute gelten, hatten nicht nur kluge Ideen, sondern brachten diese auch wortgewandt auf den Punkt. Daher mein Appell an uns alle:

Lesen also! Auf Sprache achten! Aussprechen, worüber andere schweigen! Verständlich schreiben! Vielleicht nimmt sich der Verstand in einer gespaltenen Welt dann wieder sein Recht.

RHI-Publikationen



Die Publikationen des Roman Herzog Instituts gibt es zum kostenlosen Download auf www.romanherzoginstitut.de/publikationen oder hier:



Impressum

Roman Herzog Institut e.V.
(Herausgeber)
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089 551 78-732
info@romanherzoginstitut.de
www.romanherzoginstitut.de

V. i. S. d. P.:
Dr. Martin Michael Lang
Geschäftsführer
Roman Herzog Institut e.V.
Registernummer VR 18988,
Vereinsregister München,
Amtsgericht München

Redaktion:
Dr. Benjamin Scharnagel,
Martina Martschin,
Dr. Martin Michael Lang

Fotos:
Roman Herzog Institut e.V.;
Autorinnen und Autoren;
Werding (Cover): Sachverständigenrat Wirtschaft

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

© RHI 09/2023



Folgen Sie uns auf ...



Ausschreibung

Preisträger*innen gesucht!

Strukturbrüche, Klimawandel, Digitalisierung – diese Megatrends stellen derzeit Wirtschaft, Staat und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich seit Jahrzehnten als erfolgreiche Wirtschaftsordnung in Deutschland bewährt. Sie trägt dazu bei, dass die Menschen hierzulande mit großer Zufriedenheit in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben können.

Doch ist die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig? Was muss getan werden, damit sie im Wettbewerb der Systeme in Europa und global bestehen kann? Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen lassen sich evidenzbasiert begründen, welche Hindernisse bei der Umsetzung sind zu überwinden? Und was sind überhaupt die institutionellen Voraussetzungen dafür, dass die Soziale Marktwirtschaft funktioniert?

Sie haben sich in Ihrer Doktorarbeit oder Ihrer Habilitation mit solchen Fragen zum besseren Verständnis unserer Wirtschaftsordnung beschäftigt und Ihre Forschungsarbeiten erfolgreich abgeschlossen? Dann bewerben Sie sich für den Roman Herzog Forschungspreis 2024!

Das Roman Herzog Institut zeichnet Nachwuchswissenschaftler*innen aus, die in ihren Dissertationen oder Habilitationen zentrale ordnungspolitische Fragestellungen des 21. Jahrhunderts behandeln. Jährlich werden bis zu drei Preise in Höhe von 20.000, 10.000 und 5.000 Euro vergeben. Möglich sind sowohl Selbstbewerbungen als auch Vorschläge von Professor*innen, Fakultäten und Instituten.

Ideen entwickeln –
Initiative ergreifen –
Zukunft gestalten

